

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Insertenpreise: Die 7spaltige Kolonellszeile oder deren Raum 1.90 M., bei Vorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer mittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Moskauer Delegation für Halle.

Das Rigaer Telegramm, das die Entsendung der Moskauer Delegation für Halle ankündigt, hat folgenden Wortlaut:

Hiermit geben wir Ihnen bekannt, daß das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale beschlossen hat, auf Ihrem außerordentlichen Parteitag in Halle die Genossen Sinowjew und Budarin als seine Vertreter zu entsenden. Wir wandten uns an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen, den genannten Genossen die Einreise und zeitweilige Anwesenheit in Deutschland zu erlauben. Wir ersuchen Sie, diese Schritte zu unterstützen und unsere Vertreter zur Einreise nach Deutschland zu verhelfen. Dies ist um so mehr Ihre Pflicht, als die Mitglieder Ihres Zentralkomitees Dittmann und Crispian, welche die Möglichkeit hatten, Moskau und Petrograd zu besuchen, nunmehr auf Schritt und Tritt die Beschlüsse verdröhen, die auf dem Zweiten Kongress der kommunistischen Internationale angenommen wurden. Es ist Ihre Pflicht, uns zu helfen den wahren Geist der Beschlüsse der kommunistischen Internationale kundzutun. Wir erwarten Ihre baldigste Antwort.

30. September 1920.

gez.: Sinowjew.

Es versteht sich von selbst, daß das Zentralkomitee alles tun wird, damit die deutsche Regierung die Einreiseerlaubnis für die beiden russischen Delegierten erteilt. Die Unterstellung, daß die Genossen Dittmann und Crispian die Bedingungen verdröhen hätten, brauchen wir nicht zurückzuweisen.

Die Landarbeiterbewegung in Italien.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Weisige Zeitung meldet, wie am 4. Oktober aus Rom: Die Befreiungsmacht hat auf die Bauern in Sizilien übergriffen. Ungefähr 2000 Feldkämpfer wurden in Sizilien, hauptsächlich von Pateranen und katholischen Volksparteiern, feierlich besetzt. Die Befreiung der Güter von Mäcen nahm fast eine mittelalterliche Form an. 2000 Veteranen der katholischen Partei rückten, mit zahlreichen Nationalfahnen in der Hand, zu Pferde vor, von einer ungeheuren Menge von Frauen, Greisen und Kindern begleitet. Ein Mann Namens Brancatelli ritt an der Spitze mit dem Kreuz in der Hand. Weisliche Szenen spielten sich auch an anderen Orten ohne Zwischenfälle ab.

Gemeinderatswahlen in Italien.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet am 5. Oktober aus Basel: Aus Rom wird berichtet: Nach den bis jetzt von 11 italienischen Gemeinden vorliegenden Resultaten der Gemeinderatswahlen wurden 475 Angehörige der Verfassungspartei, 296 Sozialdemokraten und 237 Mitglieder der katholischen Volkspartei gewählt. In den meisten Provinzen Italiens, einschließlich Rom, erlangten die Verfassungsparteien die Mehrheit. Dagegen haben die Sozialdemokraten in der Provinz Emilia in Toscana sowie in verschiedenen Bezirken der Lombardie gesiegt. Die Katholiken gewannen in einzelnen Provinzen Siziliens sowie in mehreren Provinzen Venetiens einschließlich Venedig die Oberhand.

Eine neue Partei in Ungarn.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Ungarn bereitet sich eine neue Parteibildung vor. Der Staatssekretär im Ministerialrats-Präsidium Stefan Kovacs, hielt gestern vor seinen Wählern einen Rechenschaftsbericht, in dem er erklärte, die jetzige Regierung bedeute eine ultramontane Gefahr, gegen die die Protestanten, die von jeher für die Freiheit gekämpft haben, aufstehen müssen. Kovacs sprach sich dann für ein nationales Königtum aus, aber gegen die Wiederkehr der Sehsburger. Kovacs verfügt in der Partei der kleinen Landwirte über einen großen Anhang. Er will mit seinem Kubana aus der Regierungspartei austreten und hat den stärksten Kampf gegen die jetzige Regierungsmehrheit erklärt. Gleichzeitig gab er seine Demission als Staatssekretär.

Gefährdung des englisch-russischen Handelsabkommens.

London, 4. Oktober. Times schreibt, die russische Handelsdelegation habe wegen der Verzögerung des Abschlusses des englisch-russischen Handelsvertrages gewisse Beschränkungen. Am 24. September wurde die Delegation benachrichtigt, daß ihr die Bedingungen des Vertrages am 27. September mitgeteilt werden würden. Bisher sind sie ihr jedoch nicht zugegangen. Die Delegation schreibt die Verzögerung den Gerüchten über eine antibolschewistische Bewegung in Russland zu und dem Umstande, daß die Bolschewiken zwar im Prinzip der Bezahlung gewisser Schulden, nicht aber den Forderungen der Banken und anderer großer Finanzinstitute zugestimmt haben.

Paris, 4. Oktober. Nach einer Tempsmeldung aus London sollen Kontakte, die Krassin mit englischen Handelskäufern anstellt hatte, annulliert worden sein.

London, 5. Oktober. Wie Morning Post und Times melden, ist in dem Entwurf des englisch-russischen Handelsabkommens vorgesehen, daß die englische Regierung sich verpflichtet, nichts zu unternehmen oder anzuregen, was zur Befreiung des russischen Goldes führen würde oder zur Bezahlung, es auszuführen. Die englische Regierung soll auch die Bezahlung übernehmen, das in keiner Weise über die russischen Fonds der alten russischen Regierung in London verfügt würde.

Frankreich fordert Annullierung des österreichischen Abstimmungsbeschlusses.

Dem Neuen Wiener Tagblatt wird aus Genf gemeldet, daß die französische Regierung beschloffen habe, von der deutsch-österreichischen Regierung in aller Form die Annullierung des Beschlusses der Wiener Nationalversammlung auf Durchführung der Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland zu verlangen. Eine anderweitige Befestigung der Nachricht liegt bis zur Stunde noch nicht vor.

Neue Steuern in Sicht!

München, 6. Oktober. (M.) Die Münchener Zeitungen bringen eine Meldung aus den Münchener führenden Finanzkreisen, wonach der Reichsfinanzminister ein großes Steuerprogramm in Ausarbeitung hat, welches zur Zeit bereits fertiggestellt ist und eine neue Steuererhöhung in Höhe von 15 Milliarden Mark ergeben soll. Eine dieser Steuern ist die Wohnungssteuer, ferner glaubt man an eine neue Besitzsteuer und auch an eine Steuer auf Wertpapiere.

Bayerische Beschwerden.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt berichtet am 5. Oktober aus München: Im Besoldungsausschuss des bayerischen Landtags erklärte Finanzminister Dr. Krausnick, das neue Reichsbesoldungsgesetz richte besonders mit seiner Titelerhöhung in Bayern eine ungeheure Verdüsterung an. Bayern trage keine Schuld an den Differenzen mit den Verkehrsbeamten. Die weitere Mitteilung, daß das Reich ein Sondergesetz für die Besoldungsordnung vorbereitet, um die Auszahlung höherer Gehälter als der vom Reich vorgegebenen zu verhindern, rief bei allen Parteien des Ausschusses stärksten Widerstand hervor.

Die Haftentlassung Eisenbergers abgelehnt.

München, 5. Oktober. In der heutigen Sitzung des Geschäftsausschusses des Landtags wurde ein Antrag der USP, auf sofortige Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger mit allen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt.

Dieser Beschluß des Landtagsausschusses legt dem Ständeköniglichen Verfahren gegen den kommunistischen Abgeordneten die Krone auf. Es ist eine einzig schändliche Mißachtung der Immunität des Abgeordneten und dazu ein brutaler Tendenzprozeß. Eisenberger soll zu gewalttätigen Sturz der Verfassung aufgefordert haben. Wir lassen das dahingestellt. Wir oft aber die Agitatoren der Kriegspartei das selbe strafflos getan haben, das wird kein Statistiker mehr feststellen können, weil die Zahl solcher Aufforderungen zum Umsturz nach rechts zu groß ist.

Wüste antisemitische Ausschreitungen.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus München: Der bekannte Sozialforscher Dr. Magnus Hirschfeld hielt in München einen Vortrag über die Steinachische Verdingungstheorie. Die Veranstaltung wurde von deutschösterreichischen Elementen durch wüste Tausende antisemitische Charaktere gestört. Nach dem Vortrag wurde Dr. Hirschfeld auf der Straße von einer Horde junger Burken überfallen und so schwer mißhandelt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Streik in einem Berliner städtischen Elektrizitätswerk.

Berlin, 5. Oktober. Die Kesselheizer im städtischen Elektrizitätswerk Moabit sind wegen Streitigkeiten über die Arbeitszeit heute in den Ausstand getreten. Der Betrieb der Berliner Straßenbahnen ist dadurch lahmgelegt.

Berlin, 6. Oktober. Infolge der Stilllegung des Elektrizitätswerks Moabit waren gestern in der 10. Abendstunde die Leipziger Straße, der Hausvogtelplatz, der Spittelmarkt, die angrenzenden Straßen nach dem Halleschen Tor, dem Tempelhofer Feld und bis nach Reustein und nach der andern Richtung bis über die Linden hinaus ohne jeden Straßenbahnverkehr. Die Morgensblätter konnten nicht in gewohnter Weise erscheinen, da ein früherer Redaktionsschluß eintreten mußte, um die Drucklegung sicherzustellen; ein Teil der Blätter konnte überhaupt nicht erscheinen. Heute vormittag werden im Rathaus Besprechungen veranstaltet, von deren Ausgang es abhängen wird, ob der Streik fortgesetzt wird oder nicht.

Die Besatzungsbehörden gegen die bewaffneten polnischen Banden.

Kattowitz, 5. Oktober. Die Besatzungsbehörden Wien jetzt die logenannten Ortswehren und sonstigen wilden Polizeiformationen energisch auf. Die Polen in den Grenzbezirken leisteten aber dem Widerstand der blauen Polizei besonderen Widerstand. In Kattowitz ist es in der gemeinsamen Sitzung der Stadtverordneten und des Magistrats mit dem französischen Kreiskommandanten, der den Befehl überbrachte hatte, daß die blauen Polizei ihren Dienst sofort wieder aufnehmen und die einseitige polnische Polizei zurücktreten oder sich, soweit sie dazu geeignet, der ordnungsmäßigen Polizei zur Verfügung stellen solle, zu wüsten Austritten gelassen. Die polnische Fraktion lehnte unter großem Lärm die blauen Polizei für Kattowitz ab und drohte mit Aufstand. Vergeblich gab der französische Kommandant Ruhe. Als ein polnischer Stadtverordneter durch den Saal lief: „und wenn ich meine Familie unglücklich mache, ich schicke die Blauen, den ich auf der Straße treffe, über den Haufen!“, verließ der französische Kommandant den Saal unter dem Loben der Polen, das sich bis auf die Straße fortsetzte und dort Zusammenrottungen hervorrief.

Gestern erließen die blauen Polizei in Kattowitz, von französischen und Abklimmungs-Offizieren empfangen und nach dem Polizeigebäude geleitet, das von der polnischen Ortswehr, halb-wüchtigen Burken sofort geräumt wurde. Zusammenrottungen auf den Straßen wurden von französischen Militär auseinandergetrieben. In Kattowitz ist die Lage wieder sehr gespannt. Auch in Boguschnitz lehnten die Polen die Rückkehr der blauen Polizei schroff ab und fordern deren Auflösung in ganz Oberschlesien.

Die Lage im Ruhrrevier.

Von R. Otter (Bochum).

Das Ruhrrevier ist das Herz der deutschen Republik. Ohne den Ruhrbergbau wäre Deutschland zur Ohnmacht verdammt. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wurde durch die Ruhrbergarbeiterschaft seit jeher beeinflusst, und es wird nach Lage der Sache auch noch für absehbare Zeit so bleiben, da die Kohle des Ruhrbergbaus nach wie vor die Hauptrolle im deutschen Wirtschaftsprozess spielt.

Weil dem so ist, darum richten sich alle Augen des übrigen Deutschland und darüber hinaus nach dem Ruhrrevier, und suchen zu erkunden, was hier vor sich geht und welche Stellung die 500 000 Ruhrbergarbeiter zu den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen einnehmen. Auf Grund des Spa-Abkommens muß das Ruhrrevier allein nicht weniger wie 1 703 000 Tonnen Kohlen monatlich an die Entente bereitstellen. Die Ruhrbergarbeiter haben die große Gefahr, die eine etwaige Nichtablieferung, d. h. Nichterfüllung des Spa-Abkommens nach sich ziehen würde, erkannt und sehen ihre letzte Kraft ein, um Schlimmeres, die Befreiung des Ruhrreviers durch Ententeheere zu verhindern. Mit der Befreiung des Ruhrreviers würde das Grubenkapital wieder obenauf gelangen, und die Träume des Kölner Zentrums, die Ausrufung einer rheinischen Republik würde unter der Macht der fremden Heere in unmittelbare Nähe gerückt. Diese Träume und den Wunsch, der durch Sinnes in Spa zum Ausdruck kam, haben die Ruhrbergarbeiter durchschaut und durch die intensive Kohlenförderung zum Säkern gebracht. Sie haben auch erkannt, daß mit dem Moment, wo die fremden Heere im Ruhrrevier ihren Einzug hielten, an die Sozialisierung des dafür überreife Ruhrbergbaus nicht gedacht werden könnte. Das sind alles Momente, die die Ruhrbergarbeiter sehr ernst gestimmt haben und die gesteigerte Kohlenproduktion ist nach diesem Gesichtspunkt zu beurteilen.

Die Kohlenförderung der Ruhrzechen betrug in den Monaten Juli 1920 7 504 168 Tonnen, im Monat August 1920 7 484 851 Tonnen gegen 6 518 894 Tonnen im August 1919. Der Monat August 1920 hatte einen Arbeitstag weniger wie der Monat Juli. Arbeitstäglich werden 300 000 Tonnen Kohlen aus dem Ruhrbergbau gefördert. Rund um eine Million Tonnen monatlich ist die Kohlenproduktion im Ruhrbergbau gegen das Vorjahr gesteigert worden.

Zur Zeit befinden sich die Ruhrbergarbeiter in einem tariflosen Zustand. Die Bergarbeiterorganisationen haben den Lohnstarif, da die nach dem Tarif gezahlten Löhne für die Bergarbeiter nicht ausreichten, zum 1. September gekündigt. Der Haueroohn, der bestbezahlten Gruppe, beträgt etwa 50 M. die Schicht. Die Bergarbeiterorganisationen haben eine Lohnerhöhung um 6 M. pro Schicht für die Untertage- und von 75 Pfg. für die Stube für die Hebertagearbeiter gestellt. Die Grubenbesitzer, obwohl sie ihre Geldbäde bis zum Platzen mit Geld gefüllt haben, lehnen die Lohnerhöhung ab. Wie früher, so auch jetzt, stellen sie sich auf den Standpunkt: ohne Kohlenpreiserhöhung keine Lohnaufbesserung. Sie spielen solange mit dem Feuer, bis die Ruhrbergarbeiter wie früher sich wie ein Mann erheben und für die sofortige Sozialisierung des dafür überreife Ruhrbergbaus alles einsehen. Die Werksbesitzer spielen solange mit dem Feuer, bis sie sich daran verbrennen. Und das ist gut so.

In ganz Deutschland würde es niemand verhehen können, am allerwenigsten die Ruhrbergarbeiter nicht, sollte auf Grund der geringen Lohnerhöhung den Grubenbaronen eine Kohlenpreiserhöhung von der Regierung zugefanden werden. Einmal muß den Expropriateuren Halt geboten werden, einmal muß das Maß doch überlaufen. Wird die Regierung dennoch wagen, die gefüllten Geldbäde der Grubenkapitalisten durch eine neue Kohlenpreiserhöhung noch besser zu füllen?

Die Sozialisierung des Ruhrbergbaus muß unbedingt in Angriff genommen und so bald wie möglich durchgeführt werden. Der Versailler Friedensvertrag verlangt von Deutschland die Kohlenlieferung, während die Kohle ein privatkapitalistisches Monopol ist. Es wird somit von der deutschen Nation etwas gefordert, über das sie kein Verfügungsrecht hat, über das nur die deutschen Kapitalisten zu befinden haben. Ein Zustand, der auch nicht eine Stunde länger ertragen werden kann. Das Verfügungsrecht über die Naturschätze, die im deutschen Boden ruhen, darf der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft nicht länger belassen werden. Das Verfügungsrecht über die Naturschätze steht einzig und allein der deutschen Nation, dem deutschen Volke zu. Der Kampf um die Sozialisierung des Ruhrbergbaus wird in den nächsten Wochen und Monaten im Ruhrrevier mit aller Macht einsehen. Er wird erfreulicherweise andre Formen annehmen, wie der Sozialisierungsgebäude, der nach Ausbruch der Revolution im Jahre 1919 im Ruhrrevier sich auswirkte.

Der Kampf, der um die Durchführung der Sozialisierung zwischen Arbeit und Kapital demnächst im Ruhrrevier durch-